

„Tout changer, pour que rien ne change“

1,030.700 km² gross, mit Grenzen, die die Kolonialmächte beinahe vollständig mit dem Lineal gezogen haben, besteht Mauretanien zu etwa 90% aus Wüste. Wo heute Sand und Steine den Boden bedecken, fand die die Bevölkerung der Sahara noch im Neolithikum zufriedenstellende Lebensbedingungen. Das Land trocknete jedoch zunehmend aus und seine Bewohner wanderten ab. Von Norden her drangen Berbevölker in den ariden Raum ein. Das Kamel verdrängte das Pferd und die Sahara wurde zum „Meer“, aus dem in unregelmässigen Abständen bewohnte Inseln ragten, und das Karawanen durchquerten. Das Gebiet war und ist ein Durchzugsraum, eingebunden in die Geschichte der grossen Reiche im Norden wie im Süden.

Ab 1400 drangen die Bani Hassan, nomadischer Viehzüchter und „Krieger“, in mauretanisches Gebiet ein und bemächtigten sich in Auseinandersetzung mit den islamisierten Berbern der Herrschaft in den meisten Regionen. Mit ihnen kam das Arabische als dominierende Sprache.

Nomadische Viehzüchter – Anfang der 1960er Jahre waren noch 2/3 der rd. 1 Mio. Mauretanier_innen Nomaden -, Oasenbewohner und Bauern im Süden teilten sich das Land, setzten „schwarze“ Sklaven zur Arbeit ein und befanden sich oft in heftigen Auseinandersetzungen um die Kontrolle von Land und Ressourcen. Die französische Kolonisierung war oberflächlich; der Grossteil der Nomaden blieb ausserhalb des Netzes direkter kolonialer Beziehungen, immer ein Ärgernis für die französische Hegemonie. 1928 beklagte Saint Exupéry in einem Bericht, dass die politischen Autoritäten *„ständig auf den Widerstand von tausend Einzelnen mit auseinanderstrebenden Interessen“* stiessen und sprach sich dafür aus, die Nomaden zu entwaffnen und sesshaft zu machen. Das Gebiet wurde von St. Louis im Senegal aus verwaltet; die Kolonie kostete deutlich mehr als sie einbrachte.

Nur ein kleiner Teil der maurischen Elite und die Eliten des Südens (Wolof, Soninke, Fulbe) nützten die Bildungsmöglichkeiten in französischen Schulen und machten Karriere in der Verwaltung. Die „weisse“ maurische Herrscherklasse (*beidan*) behielt unter Missachtung der kolonialen Verwaltung die Kontrolle über Gesellschaft und Wirtschaft beinahe im ganzen Territorium und sicherte sich nach der Unabhängigkeit die Führung des Landes.

1935 hatte man die Eisenerzvorkommen im Nordwesten des Landes entdeckt und ab 1946 plante internationales Kapital die Kupfervorkommen im mittleren Mauretanien abzubauen. Die Nutzung der Vorkommen begann so richtig erst nach der Unabhängigkeit. Damit änderten sich die wirtschaftliche Struktur und das staatliche Einkommen; Mauretanien konnte auf französische Budgethilfe verzichten und mit der Gründung von Gewerkschaften der Minenarbeiter wurde die lohnabhängige Arbeitskraft zu einem politischen Faktor - beides war allerdings nicht von Dauer. Marokko sah das Nachbarland als Teil seines historisch gewachsenen Staatsgebietes an und forderte bereits 1956 einen Anschluss, der allerdings nur von einer Minderheit der mauretanischen Bevölkerung mitgetragen wurde. Erst 1970 war es bereit, die Souveränität Mauretaniens anzuerkennen.

1960 wurde das Land als parlamentarische Demokratie unabhängig; 1965 erhielt es eine Präsidialverfassung und die regierende Partei wurde zur Einheitspartei. Ould Daddah hatte danach, als Staatschef und Präsident des Politbüros, absolute Gewalt über den Staat.

Die wirtschaftliche Produktion des Landes bestimmte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit die Landwirtschaft; sie hatte sich im Verlauf der Kolonialzeit immer deutlicher auf die lokale Versorgung hin orientierte. Die Gewinnung von Eisenerz erbrachte Ende der 1960er Jahre einen nahezu ebenso grossen Anteil des

Bruttoinlandsproduktes wie der landwirtschaftliche Sektor: dieser beschäftigte jedoch rund 90% der arbeitenden Bevölkerung, während beim Abbau und der Verarbeitung von Eisenerz nur 3.000 bis 4.000 Arbeitskräfte beschäftigt waren. Der Kupferbergbau erwies sich als kostspielig und wenig einträglich. Der Ausbau von Fischfang und -verwertung erwies sich auf längere Zeit als die bessere Investition. Die Kosten wirtschaftlicher Modernisierung trieben das Land in den 1970er Jahren in die Verschuldung und machten es erneut von Gebern und internationalen Finanzinstitutionen abhängig.

Die Besetzung der ehemaligen Spanischen Sahara gemeinsam mit Marokko ab 1975 verschärfte die wirtschaftliche und politische Krise im Land. 1978 stürzte die Armee Präsident Ould Daddah; 1979 beendete die Militärjunta das verlustreiche Abenteuer der Okkupation.

Fünf Staatsstriebe bzw. Wechsel des Staatsoberhauptes bis 1992 waren das Ergebnis der Konkurrenz zwischen den herrschenden Offizieren und ihren Klienten. Nach der Auflösung der Einheitspartei und des Parlaments, die unter Ould Daddah dem Ausgleich der regionalen Gegensätze und der Formulierung der Interessen einzelner Gruppen gedient hatten, versuchten lokale Gruppen und Clans sich direkt staatlicher Institutionen zu bemächtigen; die Bedeutung des „Tribalismus“ nahm zu und die Zahl der an der Macht beteiligten Gruppen ab. Die Spannungen zwischen Mauren und Afromauretaniern („Schwarzen“) stiegen.

Mit der ökologischen Katastrophe der Anfang 1970er Jahre veränderte sich die soziale Struktur des Landes grundlegend. Der Anteil der nomadischen Bevölkerung nahm stark ab. Mitte der 1990er Jahre führten nur noch etwa 5% das Leben von Nomaden. In Nouakchott wohnten über 600.000 Einwohnern, 1/3 der gesamten Bevölkerung des Landes. In einer Stadt, deren Infrastruktur in den 1950er Jahren für 12.000 konzipiert worden war, bedeutete dies Elendsquartiere, Arbeitslosigkeit und unkontrollierbare Verhältnisse.

1991 brachte die Demokratiebewegung eine neue Verfassung mit einem Mehrparteiensystem. Die Präsidentenwahlen vom Jänner 1992 trugen der geforderten Demokratisierung zwar Rechnung, zeigten aber auch sehr deutlich, dass die „weissen“ Mauren (*beidan*) nicht fürchten mussten, ihre Macht zu verlieren. Die Strukturanpassungsmassnahmen führten zu Hungerprotesten, wurden jedoch autoritär durchgezogen.

Die Jahre nach 2000 sahen erneut Putschversuche der Armee, aber auch ökologische Heimsuchungen wie Dürre, Überschwemmungen und Heuschreckeninvasion. Die Hoffnungen, die die Regierung in Erdölvorkommen setzte, erfüllten sich nicht, obgleich immer wieder Vorkommen von Öl und Gas entdeckt wurden. 2005, und 2008 erneut, gab es einen Regimewechsel durch einen Militärputsch. Die westlichen Geber von Entwicklungshilfe reagierten auf die Machtübernahme der Militärs immer wieder mit der Einstellung ihrer Entwicklungshilfe, nahmen jedoch über kurz die Zahlungen wieder auf, nicht zuletzt, weil die mauretansische Regierung die Zusammenarbeit mit arabischen Staaten und vor allem mit China immer stärker ausbaute.

Staatschef Mohamed Ould Abdel Aziz, der durch den Putsch 2008 an die Macht gekommen war, liess sich anschliessend zweimal zum Präsidenten wählen. Der Druck von Gebern und Opposition bewog ihn zu einem Verzicht auf eine erneute Wiederwahl. Mit Mohamed Ould Ghazouani folgte ihm ein enger Vertrauter und Mitputschist aus 2008. Zwischen den beiden Politikern kam es jedoch bald zu Zerwürfnissen. Im Jänner 2023 musste sich Abdel Aziz schliesslich gemeinsam mit 9 weiteren Angeklagte, darunter sein Regierungschef und andere Minister, vor Gericht wegen Korruption verantworten und erklären, wie er während seiner 11 Jahre

Amtszeit zu einem Vermögen von 72 Mio. US-\$ gekommen war. (Al-Jazeera, 25.1.2023)

Im Mai 2023 sicherte sich El Insaf, die Partei des Präsidenten den Sieg bei den Parlamentswahlen und kommt mit Hilfe kleinerer Parteien auf eine satte Mehrheit. Für Ould Ghazouani sind die Erfolge in den nationalen und regionalen Wahlen eine gute Startbasis für die Präsidentenwahlen in 2024. So setzt sich das alte Spiel fort, ohne dass die grossen Probleme der Bevölkerung einer Lösung näher kommen. 2022 brachte aufgrund von Überschwemmungen eine Versorgungskrise für ein Fünftel der Bevölkerung. Die Weltbank sagt für 2023 ein Ansteigen der von Armut Betroffenen auf 28,6% voraus, Tendenz auch weiter steigend. In Atar wurde im Juli 2023 eine Schülerin verhaftet, weil sie in ihrer Maturaarbeit angeblich den Propheten beleidigt hatte – ein Vergehen, für das der Richter die Todesstrafe verhängen kann. Was immer geändert wurde, es bleibt alles beim Alten.